

**Nicht erst seit der Silvesternacht 2015/16 in Köln entdecken faschistoide Gruppierungen die Frauenrechte für sich. Dahinter steht jedoch zuallererst der Hass auf Geflüchtete**

Von Sandra Schönlebe

»Wo, wo, wo wart ihr Silvester?« schallte es im Oktober 2017 durch die Hallen der Frankfurter Buchmesse. Etwa ein Dutzend junger Männer bezog sich lautstark auf die drastischen Vorfälle während der »Kölner Silvesternacht« 2015/16, nach der es zu mehr als 450 Anzeigen wegen sexueller Gewalt kam und die ausschlaggebend für die Verschärfung des deutschen Sexualstrafrechts waren. Bereits wenige Tage später tobte ein rassistischer Mob im Internet, und circa 1.500 Personen folgten einem Aufruf des örtlichen »Pegida«-Ablegers, um gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik zu demonstrieren. Die Veranstaltung wurde von der Polizei unter Zuhilfenahme von Wasserwerfern aufgelöst, weil die Stimmung ausgesprochen aggressiv war. Mehrere hundert Geflüchtete und Kölner demonstrierten wenig später ohne Zwischenfälle gegen sexuelle Gewalt.

Ort des Geschehens in Frankfurt war der Stand des Antaios-Verlages, betrieben von den Koryphäen der »Neuen Rechten«, Ellen Kositzka und ihrem Mann Götz Kubitschek. Kositzka hat mehrere Bücher veröffentlicht, in denen sie gegen Gendermainstreaming, Migranten und Feminismus wettet. Sie ist eine der wichtigsten Publizistinnen der rechten Szene in Deutschland.

**Identitäres Abc**

Unter den Grölenden befand sich auch Martin Sellner, Anführer der »Identitären Bewegung« (IB) in Österreich. Diese Gruppierung versucht seit 2012 auch in Deutschland, mit ihren Aktionen nationalistische Inhalte modern und hip zu präsentieren. Sie wird in der BRD vom Verfassungsschutz beobachtet und von vielen Experten als rechtsradikal eingestuft. Zentrales Element der IB-Propaganda ist neben dem »Ethnopluralismus« das Gerede vom »großen Austausch«. Hinter diesem Begriff steckt die Behauptung, dass die europäische Bevölkerung, gelenkt von der Politik, mittels Migration und Fortpflanzung durch vornehmlich muslimische »Kulturfremde« ausgetauscht werde, wogegen es sich zu wehren gelte. Unter dem Slogan »Defend Europe« greift dieser angebliche »Widerstand« zunehmend Frauenrechte als Thema auf, denn die »Töchter Europas« seien die ersten Opfer dieser Strategie.

Hier sind Parallelen zum Begriff »Volkstod« zu erkennen, wie er in der Vergangenheit von neonazistischen Gruppierungen gebraucht wurde. Dieses Verständnis von Frauen als dem schwachen Geschlecht, das paternalistisch vor den »Fremden« zu beschützen sei, ist entscheidende Grundlage für die rassistische Politik der »Identitären« und deren Idealisierung von Männlichkeit.

Wie das Frauenbild der AfD suggeriert auch das der IB eine einfache Lösung für diese angebliche Überfremdung: eigenen Nachwuchs. Als Keimzelle der Gesellschaft sei es Aufgabe der Familie, den Erhalt des eigenen Volkes zu sichern. Analog zum AfD-Slogan »Neue Deutsche machen wir lieber selber«, der auf den Wahlplakaten zur Bundestagswahl 2017 zu lesen war und sich, wenig subtil, auf die angeblich migrationsfreundliche Bundespolitik bezog, idealisiert die Gruppierung in ihren Publikationen Mutterschaft und Familie. Neben dem Bild der Mutter und der sexualisierten Darstellung von Frau und Weiblichkeit sieht die Ideologie der extremen Rechten für Frauen auch die Rolle der Kampfgefährtin vor, die als Unterstützerin der Männer nach germanischem Ideal aktiv werden soll.

Seit Ende Januar existiert die Kampagne »120 Dezibel« (»120 db«), deren Name sich auf die Lautstärke eines Taschenalarms bezieht, den viele Frauen zu ihrem Schutz bei sich tragen. Die Initiatorinnen rufen dazu auf, Erfahrungen mit »Überfremdung, Gewalt und Missbrauch« zu teilen, dies sei als »Aufschrei gegen importierte Gewalt« zu verstehen. Judith Goetz, Politikwissenschaftlerin und Hochschullehrerin mit Schwerpunkt feministische Theorie und Rechtsextremismus aus Wien, erklärte dazu im Gespräch mit *junge Welt*: »Es fällt auf, dass die Gruppe bis zum 120-db-Kampagnenstart keine eigenständige politische Agenda verfolgte, sondern sich an den Themen der jeweiligen Länder- oder Regionalgruppen beteiligt bzw. diese unterstützt hat. Entsprechend hatten zwar zahlreiche Aktionen der »Identitären« frauenpolitische Themen zum Inhalt, wie sich u. a. an dem Transparent »Frauen schützen heißt, schließt die Grenzen« bei einer Kundgebung in Graz 2016 oder einer Aktion am Bahnhof in Köln 2016 zeigt, allerdings gingen diese Aktionen nicht von der Frauengruppe aus.« Die 120-db-Kampagne kann also als erster Versuch der IB-Frauen gewertet werden, eigene politische Inhalte zu platzieren.

## Eine Handvoll Drahtzieher

Zwölf junge Frauen, fast alle von der neofaschistischen »Identitären Bewegung«, präsentieren sich auf der Kampagnenwebsite, in deren Impressum mit Daniel Fiß der Leiter der IB-Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern und ehemalige Aktivist der Jugendorganisation der NPD steht. Angemeldet wurde die Seite von Martin Sellner. Zu den Gesichtern der Kampagne gehören Melanie Schmitz aus Halle und Paula Winterfeldt aus Berlin, zwei zentrale Figuren der »Identitären« in Deutschland. Beide sind reisefreudig und bei einem Großteil der IB-Aktionen zugegen. So auch am 17. Mai 2017, als sie mit etwa 50 weiteren Gesinnungsfreunden, darunter ihre 120-db-Kolleginnen Reinhild Boßdorf und Freya Honold, versuchten, in das Bundesjustizministerium einzudringen.

Eine wichtige Strategie der Kampagne ist es, die Zugehörigkeit zur IB zu verschleiern. Nach Einschätzung von Judith Goetz war diese Anstrengung jedoch vergeblich: »Natürlich steckt hinter der vermeintlich unpolitischen Inszenierung die Hoffnung, breitere gesellschaftliche Schichten zu erreichen, als dies eine Kampagne könnte, die nach außen hin eindeutig rechtsextrem auftritt. Allerdings ist ihnen das nicht gelungen, da von Anfang klar war, wer dahintersteckt.«

Generell lebt die IB von Aktionen, die sie in den sozialen Medien möglichst breit ausschlachten kann, um auf diese Weise den Eindruck zu erzeugen, sie sei trotz ihrer bloß rund 400 Mitglieder in Deutschland eine große und schnell wachsende Organisation. Diese verzerrte Wahrnehmung stärken bürgerliche Medien, insofern sie den Begriff »Bewegung« unhinterfragt aufgreifen. Eike Sanders, Mitarbeiterin des Berliner Projekts Apabiz (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum), Mitglied des Forschungsnetzwerkes Frauen und Rechtsextremismus und Autorin des gerade erscheinenden Buches »Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der ›Lebensschutz‹-Bewegung«, sagt dazu im Gespräch mit *jW*: »Noch viel weniger, als die ›Identitäre Bewegung‹ tatsächlich eine soziale oder politische Bewegung im breiten Sinne ist, kann die 120-db-Kampagne als eine solche gelten. Hier grenzt eine Handvoll extrem rechts organisierter Aktivistinnen das Thema ›Gewalt gegen Frauen‹ auf ›importierte Gewalt gegen Frauen‹ ein, betreibt also eine rassistisch motivierte Einengung der Problematik.«

Die Macherinnen der 120-db-Kampagne täuschen in ihren Postings vor, dass hinter der kleinen Randgruppe viele weitere Frauen stünden. Judith Goetz schätzt das Geschlechterverhältnis jedoch eher typisch ein: »Frauen sind innerhalb der ›Identitären‹ nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, und zumindest in Österreich sind nach wie vor alle Führungspositionen von Männern besetzt.« Die meisten Beobachter gehen von einem Frauenanteil von maximal 30 Prozent in der gesamten rechten Szene aus. Dennoch wurde die Facebook-Seite zur Kampagne bereits von 12.000 Personen abonniert und liefert täglich mehrere Beiträge. Der Großteil der Aktivitäten der Gruppe findet tatsächlich nur online statt.

## Hippe Anmache

Immerhin bewirkte eine Aktion zur Berlinale eine gewisse mediale Aufmerksamkeit. Eine Handvoll Aktivistinnen stürmte am 19. Februar 2018 eine Podiumsdiskussion zum Thema sexuelle Gewalt in der Filmbranche mit Fernsehverantwortlichen sowie den Schauspielerinnen Jasmin Tabatabai und Natalia Wörner im »Tipi am Kanzleramt« und wies auf die angeblich »vergessenen Frauen« hin, die von sexueller Gewalt durch muslimische Männer betroffen seien. Selbstverständlich erschienen zum Vorfall auf der zugehörigen Facebook-Präsenz gleich mehrere Artikel, verbunden mit der Ankündigung: »Dies war nur der Auftakt für viele weitere Aktionen. Wir werden nicht mehr länger schweigen. Erwartet uns!«

Annika Stahn aus Tübingen, die sich im Internet Berit Franziska nennt, tritt ebenfalls auf der Seite auf. Sie betreibt den Blog »Radikal feminin«, auf dem sie neben Nähanleitungen und Haushaltstips ihren Antifeminismus deutlich zur Schau trägt. In der typischen Manier der »Neuen Rechten« idealisiert sie Ehe und Familie als harmonisches Glücksversprechen und hält sich inhaltlich schablonenartig an die binären Geschlechterleitlinien der IB, die Judith Goetz, die sich auch in dem von ihr mit herausgegebenen Sammelband »Untergangster des Abendlandes« mit Geschlechterpolitiken der »Identitären« beschäftigt hat, folgendermaßen zusammenfasst: »Mit dem Credo ›gleichwertig, aber nicht gleichartig‹ werden Frauen und Männern nach wie vor bestimmte, je verschiedene Aufgaben und Rollen in der Gesellschaft zugeschrieben.«

Einige der »Identitären« agieren unter Pseudonym. So auch die Österreicherin Alina Wychera, die ihren Nachnamen in verschiedenen Zusammenhängen mit einem »von Rauheneck« veredelt. Ihr Blog ist beispielhaft für die Inszenierung der IB als modern und poppig: Neben verträumten, mit Filtern überleg-

ten Fotos von ihr im weißen Kleidchen in der Natur oder beim Klavierspielen postet sie Schnappschüsse von ihrer Lektüre, beispielsweise von Passagen aus Büchern Ernst Jüngers, Ellen Kositzas oder aus dem antisemitischen Blatt *Neue Ordnung*, einer österreichischen Quartalszeitschrift, die eine Brücke zwischen Rechtskonservatismus und -extremismus baut. Ein rechter Lifestyleblog, der Nachahmerinnen ansprechen soll.

Der Aufhänger der 120-db-Website ist ein Youtube-Spot mit dem Titel »Frauen, wehrt euch«. Ein Video voller Pathos, in dem die auftretenden Frauen Klagesätze sprechen wie: »Ihr habt uns geopfert!« und: »Wir sind nicht sicher, weil ihr euch weigert, unsere Grenzen zu kontrollieren.« Die überemotionale Darstellung, die den Zusehenden durch Aussagen wie: »Niemand weiß, wer von uns die nächste ist«, vermitteln soll, dass auch ihnen jederzeit sexuelle Gewalt von Migranten zustoßen könne, scheint einem Lehrbuch für rechte Propaganda entnommen zu sein.

## **Gegen Einsicht resistent**

Dieses »Wir« schließt bei den Rechten, die dieses Thema ansprechen, ausschließlich deutsche Frauen ein, und nur eine einzige Tätergruppe wird benannt, nämlich männliche Geflüchtete. Dabei betrafen unter den Straftaten, die Migranten 2017 begangen haben, ganze 1,7 Prozent die sexuelle Selbstbestimmung. Dass sexuelle und häusliche Gewalttäter in den meisten Fällen und anders als in der »Kölner Silvesternacht« aus dem nahen Umfeld der Betroffenen stammen (77 Prozent der Frauen, die von sexueller Gewalt betroffen waren, gaben in einer EU-weiten Studie von 2014 an, den Täter zu kennen), wird verschwiegen. Ebenso werden Gewalttaten, die von Deutschen begangen werden, heruntergespielt oder sind in der Argumentation überhaupt nicht vorhanden. So sagt Annika Stahn in einem Video mit Martin Sellner, dass die Berichte unter dem bekannten Hashtag »Me too« völlig übertrieben seien. Und der AfD-Politiker Dubravko Mandić schrieb dazu auf seiner Facebook-Seite am 9. Februar 2018: »Tausende Frauen, die sich vor Jahrzehnten nach oben gebumst oder dies jedenfalls versucht hatten, entdecken nun, dass sie in Wirklichkeit vergewaltigt wurden.«

Weiterhin wird behauptet, dass es diese Form von Gewalt vor dem Anstieg der Migrationszahlen in Deutschland nicht gab. Angesichts der polizeilichen Kriminalitätsstatistik des Bundesinnenministeriums ist dies schlichtweg eine Lüge. So unterscheiden sich die Zahlen von Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen von 2012 (8.031) und 2016 (7.919) kaum.

Ebenfalls auffällig ist die fehlende Kritik am Sexismus in den eigenen Reihen. Niemand dort stört sich offenbar daran, dass der Vorsitzende der IB Berlin, Robert Timm, aus der Pick-up-Szene kommt, in der die Überzeugung vertreten wird, dem dominanten Mann stehe der sexuelle Zugriff auf gefügig zu machende Frauen zu. Ebenso wenig wie an Martin Sellners Ankündigung vom Sommer 2016, ein Grazer Frauenhaus zu besuchen, um dort »Aufreißkandidatinnen« zu finden, oder am »Sharepic« »Love Blowjobs, Hate Antifa«, mit dem das Frauenbild der »Identitären« recht gut zusammenfasst wird.

Als die bayrische Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga auf dem AfD-Parteitag in Hannover im Dezember 2017 öffentlich machte, dass ihr Parteikollege Petr Bystron zu ihr gesagt habe, dass »Frauen wie sie besser an einer Stange tanzen sollten«, verteidigte Katrin Ebner-Steiner den Landesvorsitzenden der Partei in Bayern: Bystron sei ein »toller Parteifreund«. »Ich sage zu ihm ›Chef‹, und er sagt zu mir ›Hasik‹, wenn wir uns über Sexismus lustig machen.«

Die Relativierung und Verteidigung sexueller Gewalt deutscher Männer machen deutlich, dass diese Tätergruppe für den rechten Aktivismus in Sachen Frauenrechten überhaupt keine Rolle spielt, dass dieses Thema instrumentalisiert wird, um gegen Migranten zu hetzen, und dass der eigene Sexismus auf eine außenstehende Gruppe projiziert wird. Dies hat zur Folge, dass die gruppenimmanente patriarchale Ordnung nicht thematisiert werden muss, und schafft Gemeinschaftssinn.

Auch Judith Goetz unterstreicht die Widersprüchlichkeit des rechten Engagements für Frauen: »Die Bezugnahmen sind sowohl bei ›120 db‹ als auch allgemein im rechten/rechtsextremen Spektrum nach wie vor von zahlreichen Widersprüchen geprägt. Die ›Frauenunterdrückung‹ wird in der besagten Kampagne in erster Linie als Resultat von ›Einwanderung von Menschen aus patriarchalen Kulturen‹ verhandelt, also über die Stichwörter ›Kopftuch‹ oder ›Zwangsheirat‹ thematisiert, und sexualisierte Gewalt einzig auf als migrantisch ausgemachte Männer projiziert. Strukturelle Diskriminierung wird hingegen weitgehend geleugnet, und auch Benachteiligung von Frauen oder sexualisierte Gewalt in der Mehrheitsgesellschaft werden kaum bis gar nicht behandelt. Entsprechend werden auch kein wirksamerer Schutz von Frauen vor Gewalt oder Präventionsmaßnahmen gefordert.«

## Nicht bloß Marionetten

Deshalb greift beispielsweise die AfD Vorfälle wie die in Kandel gerne auf, um ihre Propaganda zu verbreiten. In der südpfälzischen Kleinstadt wurde eine Teenagerin Ende Dezember 2017 von ihrem afghanischen Exfreund erstochen. Eine Beziehungstat, wie sie in Deutschland beileibe kein Einzelfall ist, ohne dass darüber wochenlang berichtet würde. Die Partei beteiligte sich maßgeblich an den Demonstrationen und Mahnwachen in dem 8.500 Einwohner zählenden Ort. Sie mobilisierte zu den Aufmärschen am 28. Januar, einige Frauen der AfD wie Christiane Christen liefen in der ersten Reihe. Die schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Doris von Sayn-Wittgenstein demonstrierte mit, und Christina Baum, baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete, sprach auf der Veranstaltung. Ihrer Ansicht nach bewirke die Flüchtlingspolitik von Bündnis 90/Die Grünen einen schleichenden Genozid an der deutschen Bevölkerung. Baum meldete auch eine weitere Demonstration am 3. März 2018 in Kandel an, auf der Rechte aller Schattierung mitmarschierten. Die meisten Teilnehmenden waren männlich, und die »Antifa-Hurensöhne«-Rufe und Drohungen gegenüber kritischen Anwohnern erinnerten an eine gewöhnliche Neonaziveranstaltung.

Auch der »Frauenmarsch« am 17. Februar 2018 in Berlin wurde von einem Mitglied der AfD organisiert. Aufgerufen hatte Leyla Bilge, Mitarbeiterin des AfD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme und Vorsitzende des Vereins Leyla e. V., mit dem Anspruch, Frauenrechte zu schützen und gegen die Flüchtlingspolitik zu protestieren. Die zum Christentum konvertierte Kurdin war bereits als Moderatorin einer Konferenz des rechten Revolverblatts *Compact* von Jürgen Elsässer aufgetreten. Zu der Veranstaltung kamen etwa 450 Personen, davon waren etwa 70 Prozent Männer, darunter auch einige Rocker, die sich als Beschützer deutscher Frauen und Mädchen aufspielten. Als der Aufmarsch von Gegendemonstrantinnen und -demonstranten gestoppt wurde, suchten dessen Teilnehmende die gewalttätige Konfrontation mit den politischen Gegnern. Eine Person, die gegen die Vereinnahmung von Frauenrechten für rassistische Stimmungsmache protestiert hatte, musste schließlich reanimiert werden.

Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, dass die Frauen in solchen Fällen lediglich eine Alibirolle einnehmen. Eike Sanders dazu: »Ich halte es für irreführend, rechte Frauen auf die Funktion von Marionetten für die Politik der Männer zu reduzieren. Auch sie sind Akteurinnen innerhalb der Szene, die sozusagen ein eigenes Interesse daran haben, »nach unten« zu treten, die selbst rassistisch, antisemitisch, völkisch, sozialdarwinistisch und eben auch antifeministisch sind.«

Auch wenn die Zuwendung zu frauenpolitischen Themen und die offen kommunizierte Anknüpfung der 120-db-Kampagne an »Me too«, oberflächlich betrachtet, feministisch wirken – sie sind es nicht. Die Grundlage dieser Aussagen bleibt ein teils offen ausgesprochener Antifeminismus. Mit rhetorischen Tricks wird versucht, jene als Frauenfeinde darzustellen, die sich gegen Diskriminierung einsetzen. Judith Goetz sagt dazu: »Den Linken und auch den Feministinnen wird also vorgeworfen, dass sie die Frauen verraten hätten bzw. durch ihre flüchtlingsfreundliche Politik zu Frauenverrätern geworden seien. Damit will man sich selbst als vermeintliche Verteidiger von Frauenrechten inszenieren. Dabei wird Gleichberechtigung nicht nur als »unser Wert« verkauft, sondern auch dem »Geschlechterkampf« gegenübergestellt, der die »natürliche« Beziehung zwischen Männern und Frauen zerstöre.«

Die »Identitäre Bewegung« oder andere rechte bis rechtsextreme Gruppen können den Begriff Feminismus nicht für sich beanspruchen. Feminismus ist immer antirassistisch und strebt eine emanzipatorische Gesellschaft an, kritisiert alle Formen von Diskriminierung. Das gelebte Frauenbild patriarchal geprägter Gesellschaften ist zu kritisieren. Ein Feminismus, der allerdings eurozentristisch ist oder die Unterschiede zwischen den Geschlechtern hervorhebt und die eigene Weiblichkeit zelebriert, muss sich die Frage gefallen lassen, ob hier nicht eventuelle Anknüpfungspunkte für diese rechten Kampagnen bestehen.